

Antrag

**der Abgeordneten Karin Prien, Franziska Grunwaldt, Karl-Heinz Warnholz,
Dr. Jens Wolf, Richard Seelmaecker (CDU) und Fraktion**

Haushaltsplan-Entwurf 2017/2018

Einzelplan 4 Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Aufgabenbereich 255 Arbeit und Integration

Produktgruppe 255.03 Integration, Opferschutz und Zivilgesellschaft

Betr.: Keine Kürzungen bei der Integrationsarbeit der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler in Hamburg

Der Landesverband der vertriebenen Deutschen in Hamburg e.V. besteht seit dem Jahr 1952. Das „Haus der Heimat“ hält Beratungsangebote für Flüchtlinge, Vertriebene und Spätaussiedler vor und leistet für viele Menschen unterstützende Hilfe bei unterschiedlichen Problemen des Alltags. Diese Arbeit wäre ohne ein sehr hohes Engagement vieler Ehrenamtlicher nicht möglich. Neben dieser sozialen Tätigkeit kommt der Arbeit des Verbandes auch ein hoher kultureller Aspekt zu. So trägt er dazu bei, die Siedlungs- und Kulturgeschichte am Leben zu erhalten und gehört damit zum unverzichtbaren Teil der Kultur in der Freien und Hansestadt Hamburg. Der Landesverband sieht sich trotz seiner wichtigen Aufgaben, die er für unsere Gesellschaft wahrnimmt, seit dem Jahr 2013 ständigen Kürzungen ausgesetzt. Im Haushaltsjahr 2016 betragen die Zuwendungen bereits 16.500 Euro weniger als noch im Jahr 2012. Nunmehr stellt die BASFI erneut empfindliche Kürzungen in Aussicht. Auf Nachfrage beim Senat, ob für die Jahre 2017/2018 gegenüber den Jahren 2015/2016 bei der Förderung der Integration von Zuwanderern weitere Kürzungen geplant seien, verwies er lediglich darauf, dass die Verhandlungen über die Höhe der Zuwendungen 2017/2018 noch nicht abgeschlossen seien (Drs. 21/6280).

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, die Zuwendungen an den Landesverband der vertriebenen Deutschen Hamburg e.V. gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr nicht zu reduzieren, sondern in Höhe von jeweils 100.000 Euro für 2017/2018 beizubehalten.
2. Der Senat soll der Bürgerschaft hierüber bis zum 31. März 2017 berichten.